Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF

Generalbevollmächtigter
P a t z l a f f, Thomas

Postanschrift:

Postfach 65 06 02

[13306 Berlin]

Tel.: +49 30 450 84 981

Fax: +49 30 450 84 982

Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF, Postfach 65 06 02, [13306 Berlin]

„Landeskriminalamt BLKA“
Maillingerstraße 15

[80636] München

Groß-Berlin, den 08. März 2013

Strafanzeige und Antrag auf Strafverfolgung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erstatte ich Strafanzeige und Antrag auf Strafverfolgung gegen alle Mitwirkenden, welche sich aus der beigefügten Anzeige ergeben. Bitte teilen Sie mir die von Ihnen zugewiesene Vorgangsnummer, bzw. das Akten,- oder Geschäftszeichen mit und informieren mich über den Verlauf und den Stand der Ermittlungen.

Es besteht Eilbedürftigkeit, da auf Grundlage des rechtswidrigen Verfahrens Ordnungsmaßnamen gegen mir verhängt wurden. Danach soll ich 2000,- Euro für das Verbrechen an mir zahlen oder 4 Tage ins Gefängnis gehen, was in Anbetracht der schon mehrfach gegen mich geäußerten Morddrohungen ein unkalkulierbares Risiko darstellen würde, da Morde im Gefängnis billig zu erkaufen sind.

Zum Hintergrund dieser Anzeige ist zu erklären, daß ich diese bei Ihnen stelle, da hier in Berlin die Korruption so tief verankert ist, daß grundsätzlich keinerlei Ermittlungen aufgenommen werden. Es gibt hier nicht mal eine Bestätigung oder ein Aktenzeichen, bez. eine Vorgangsnummer oder der gleichen. Anzeigen, wie die meine, werden hier grundsätzlich dem Reißwolf überantwortet, wie nach den immer ausbleibenden Reaktionen zu vermuten ist.

Daher versuche ich auf diesem Weg, über Sie, eine Ermittlung in Gang zu setzten. Immerhin steht hier der Rest der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Recht(s)staat an sich auf dem Spiel, was doch eigentlich höchste Priorität genießen sollte, so wir nicht vollständig in der zu erkennenden Diktatur angekommen sind.
Alles weitere können Sie der folgenden Originalanzeige vom 14. September 2012

entnehmen. Das korrekte Aktenzeichen ist [15 O 78/12] und nicht [150 78/12]!
Da diese bisher keinerlei Bearbeitung anheim gefalle zu sein scheint, ist hier der dringende Tatverdacht der Strafvereitelung im „Amt“ / Dienst angezeigt, was im Kontext zum Inhalt, den Verdacht der Beteiligung am Hochverrat weiter vertieft.
Mir ist sehr wohl die Problematik der aktuellen Lage bewußt. Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 25.07.2012 erneut die Wahlgesetzgebung für grundgesetzwidrig beschieden hat, ist offenkundig, daß der sich daraus ergebende Staatsaufbau nicht nur schwerwiegende Mängel besitzt, sondern vollständig unlegitimiert ist. Hier wurde und wird Hochverrat betrieben. Dies kann aber im Umkehrschluß nicht bedeuten, daß damit „Amts“-Verbrechen vollständig ungebremst zur Norm werden und die letzten Reste von allem was Deutsch ist, vernichten. Das die uns vergewaltigenden Politiker unser Land zertrümmern und die Reste der EU vorwerfen wollen, daß darf als offenkundig bezeichnet werden. Jeder Deutsche, welcher dies zuläßt, macht sich der Mitwirkung an diesem Verbrechen schuldig.

Daher hoffe ich, daß Sie dies ebenso erkennen und, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten, gegen dieses unbeschreibliche Verbrechen tätig werden.

Bitte beachten Sie meinen völkerrechtlichen Status!

Abschließend und aus formalen Gründen leider unabdingbar, erkläre ich hiermit, daß mit diesem Schreiben keinerlei Anerkennung, in welcher Art und Weise auch immer, verbunden ist. Damit wird kein Vertrag begründet, auch kein stillschweigender.
Der üblichen aber rechtswidrigen Auslegung als Einlassung, in Form eines unterstellten konkludenten Handeln, wird vorsorglich und ausdrücklich widersprochen. Dieses Schreiben erfolgt ausschließlich zu Ihrer Information und zum Schutz meiner eigenen Interessen.

Mit freundlichen Grüßen

P a t z l a f f, Thomas
Als Mensch
Als natürliche Person.
Als Generalbevollmächtigter der - Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF -

Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF

Anlagen:
- Strafanzeige vom 14. September 2012 samt Anlagen

Dieses Schreiben wurde per EDV erstellt und wegen Eilbedürftigkeit vorab per Fax versendet. Es ist daher nicht handsigniert. Das unterzeichnete Original folgt auf dem Postweg.

Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF

Generalbevollmächtigter
P a t z l a f f, Thomas

Postanschrift:

Postfach 65 06 02

D-13306 Berlin

Tel.: +49 30 450 84 981

Fax: +49 30 450 84 982

Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF, Postfach 65 06 02, D-13306 Berlin

Firma „*Landgericht Berlin*“
Littenstraße 12-17

10179 Berlin

Groß-Berlin, den 14. September 2012

Ihr Aktenzeichen: 150 78/12
Ihr erneuter ungesetzlicher Zustellversuch vom 10.09.2012

Erklärung der Nichtigkeit, Zurückweisung sowie Strafanzeige und Antrag auf Strafverfolgung

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezugnahme auf meine bisherigen Schreiben erkläre ich hiermit erneut die Nichtigkeit der bei Ihnen unter Ihrem o. g. Aktenzeichen geführten Geschäftssache. Ich habe keinen Handelsvertrag mit Ihrer Firma und zusätzlich stehe ich als souveränes Völkerrechtssubjekt Ihrer Firma exterritorial gegenüber. Da es weder einen Handelsvertrag, noch eine völkerrechtliches Handelsabkommen zwischen Ihrer Firma und meinem Völkerrechtssubjekt und / oder mir in Person gibt, ist Ihr Ansinnen ohne Rechtsgrundlage und somit nichtig.

Wie ich aus einer Epost erfahren habe, welche mir vom Kläger übermittelt wurde, haben Sie strafbare Handlungen begangen und weiterhin in Planung. Sie haben diesem ein Scheinbeschluß mit Datum vom 13.07.2012 übermittelt, welcher Rückschlüsse darauf zuläßt, daß Sie strafbare Handlungen begangen haben und weiter veranlassen wollen. Daher wird Ihr o. g. Schreiben hiermit zur Beweissicherung, für beschlagnahmt erklärt und einbehalten.

Obwohl ich Sie aufgefordert hatte mir Ihre Legitimation vorzulegen, haben Sie dies bisher nicht erledigt. Damit fehlt Ihnen eine solche offenkundig und Sie sind so oder so nicht befugt, den von Ihnen vorgetäuschten Rechtsakt zu vollziehen. Es handelt sich also nur um einen Rechtsanschein und somit um eine Täuschung und einen Betrug, in Verbindung mit Amtsanmaßung, Urkundenfälschung, Verfassungs-, Landes- und Hochverrat, gewerblichen Betrug, Körperverletzung, Beteiligung am Völkermord, Beihilfe zu betrügerischen Handlungen des Klägers, welcher u. a. Scheinselbständigkeiten und andere unlautere Geschäftsmethoden praktiziert, Bildung einer kriminellen, terroristischen Vereinigung mit dem Ziel der Beseitigung der freiheitlich demokratischen

Grundordnung und aller weiteren Straftaten. Wie Sie aus der Klageschrift wissen sollten, habe ich die Erfahrungen mit dem Kläger im Weltnetz veröffentlicht, was offenbar Anlaß der Klage war. Da Sie zumindestens hypothetisch eine Sachprüfung hätten durchführen müssen, gehe ich davon aus, daß Sie den Inhalt dieser Schrift kennen. Wenn nicht, dann um so schlimmer für Sie, da Sie dann Ihre Arbeit auch noch schlampig gemacht hätten. Der Kläger vermarktet sogenannte Lizenzen an angeblich selbständige Handelspartner. Diese Lizenzen haben mittlerweile die Gestalt von Leasingverträgen erhalten. Unabhängig davon, erhebt aber der Kläger Anspruch auf die von den angeblich selbständigen Handelspartner erarbeiteten Kunden und beraubt diese daher ihrer erarbeiteten Existenzgrundlage. Als Mittel wird dabei auch Druck auf die Kunden ausgeübt, was ich in einem Fall selbst schon angezeigt hatte. Da der Kläger aber offenbar die Organe der Justiz als Erfüllungsgehilfen günstig einkaufen konnte und kann, wurde meine Strafanzeige, trotz schriftlicher Zeugenaussage von zwei Opfern, mit der Begründung eingestellt, daß angeblich kein hinreichender Tatverdacht bestände!!!

Damit ist offenkundig, daß hier Korruption und politische Erfordernisse vor Recht gehen und somit der nach wie vor bestehende Eigentumsanspruch von Polen am Deutschen Reich offenbar jetzt auf neue Art und Weise umgesetzt wird. Man betrachte uns als Freiwild und lediglich als wehrlose Einnahmequelle, da politisch korrekte Kollaborateure und Verräter hier ungerechtfertigte Vorteile etabliert haben. Sie dienen diesem Netzwerk, wobei es unerheblich ist ob Sie dies bewußt oder unbewußt tun.

Es werden hier also Scheinselbständigkeiten von der Firma des Klägers initiiert und eigentlich wären hier erhebliche Summen an Sozialabgaben fällig, welche vom Kläger hinterzogen werden. Sie als Erfüllungsgehilfe unterstützen diese kriminellen Machenschaften konkret und beabsichtigen mich in Folge dessen jetzt zu plündern, denn da wir uns formal und faktisch noch im Kriegszustand befinden ist jede Form von Raub eine Plünderung und fällt unter die Regeln der HLKO. Sie verstoßen dagegen, was beim ICC in Den Haag zur Anzeige gebracht wird. Es wird also gegen Sie wegen Kriegsverbrechen ermittelt werden müssen.

Hinzu kommt, daß das „Bundesverfassungsgericht“ erneut die Nichtigkeit der Bundeswahlgesetze festgestellt hat. Damit war und ist jede BRD-Regierung, der jeweilige Bundestag und somit der Gesetzgeber, sowie die darauf aufbauenden Länder und alle Organe der öffentlichen Hand, illegal und ungesetzlich handelnd gewesen und aktuell weiter handelnd!!!!!

Daher erstatte ich hiermit gegen Sie und alle Beteiligten Strafanzeige und Antrag auf Strafverfolgung wegen der genannten Verbrechen und aller weiteren Verbrechen. Diese Strafanzeige wird weiterhin an die Alliierten und zum ICC nach Den Haag geleitet werden.

Wegen der Nichtigkeit der gesetzlichen Grundlagen werden Sie zusätzlich und ausdrücklich hilfsweise und unter Gewaltandrohung gegen meine Person und mein Eigentum, dazu aufgefordert, die Angelegenheit an das „Bundesverfassungsgericht“ zur Prüfung vorzulegen. Es muß erst festgestellt werden, welche gesetzlichen Grundlagen hätten Anwendung finden können und / oder welche können noch angewendet werden. Das Land befindet sich in Folge der aktuellen Entscheidungen in einer akuten Notstandssituation, da die Regierung und alle darunter organisierten Organe formal und faktisch Verfassungs-, Landes- und Hochverrat begehen.

Sie sind hiermit aufgefordert die beigefügte Ausfertigung an das Dienstgericht in Ihrem Haus weiter zu leiten.

Da Sie bereits gemäß der Rechtsbelehrung eine Forderung von 100, in Worten einhundert Millionen Euro verursacht haben und auf das angebotene Rechtsmittel der Beschwerde verzichtet haben, mahne ich hiermit den sofortigen Ausgleich dieser Forderung an. Der Betrag ist umgehend an mir direkt anzuweisen.

Abschließend und aus formalen Gründen leider unabdingbar erkläre ich hiermit, daß mit diesem Schreiben keinerlei Anerkennung, in Welcher Art und Weise auch immer, verbunden ist. Damit wird kein Vertrag begründet, auch kein stillschweigender. Ausgenommen hiervon sind die Folgen der Rechtsbelehrung.
Der üblichen aber rechtswidrigen Auslegung als Einlassung, in Form eines unterstellten konkludenten Handeln, wird vorsorglich und ausdrücklich widersprochen. Dieses Schreiben erfolgt ausschließlich zu Ihrer Information und zum Schutz meiner eigenen Interessen.

Mit freundlichen Grüßen

P a t z l a f f, Thomas
Als Mensch
Als natürliche Person.
Als Generalbevollmächtigter der - Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF -

Anlagen:
- Rechtsbelehrung
- Offener Brief an den „Bundespräsidenten“ der NGO BRD

Rechtsbelehrung

Die Schaffung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und die anschließende Bildung einer BRD, erfolgten unter völkerrecht(s)widrigen Bedingungen und auf Anordnung der „Drei Mächte“, sowie unter der Kontrolle und Genehmigung der „Drei Mächte“, als Teil des Besatzungsstatuts.

Gemäß Artikel 133 GG war und ist die BRD nur eine Verwaltungseinheit der „Drei Mächte“ und kein souveräner Staat. Dies wurde zuletzt durch die Erklärung der „Drei Mächte“, vom 08. Juni 1990 und durch das Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin bestätigt.

Durch massive Umstrukturierungen in 1990, 2005, 2006 und 2007, verloren die BRD und das Land Berlin sämtliche Rechts- und Handlungsgrundlagen. Damit handeln alle Organe dieser, in Amtsanmaßung und unter nicht belegtem Recht(s)anschein. Sämtliche im Auftrag dieser Organe handelnden Personen sind damit vollumfänglich und mit ihrem privaten Vermögen haftbar.

Dieser Zustand ist als offenkundig zu bezeichnen und daher muß vorausgesetzt werden, daß alle Personen mutwillig oder zumindest grob fahrlässig handelnd sind. Zur Geltendmachung von Schadensersatzforderungen und zum Zwecke der Strafverfolgung, ist daher jede Person dazu verpflichtet, ihren vollständigen Familiennamen, Vornamen und eine klagefähige Anschrift heraus zu geben. Dazu ist zwingend das Formular „Nachweis der Verantwortlichkeit“ auszufüllen und an alle Betroffenen zurück zu senden. Dieses Formular ist nach Bedarf, in der benötigten Anzahl zu vervielfältigen. Mit dem Formular „Sachstandserklärung“ ist ebenso zu verfahren.

Für Personen, welche behaupten Richter/Richterrinnen zu sein, ist das Formular „Gerichtsverwertbare Erklärung an Eides statt“ auszufüllen und an die Betroffenen zurück zu senden. Auch dieses Formular ist nach Bedarf, in der benötigten Anzahl zu vervielfältigen.

Werden diese Formulare nicht innerhalb von 21 Tagen nach Bekanntwerden zurück gesendet, so erklären alle an der Sache beteiligten Personen, daß sie mit der Pfändung in ihr Vermögen einverstanden sind.

Das „Landgericht Berlin“ als Organ und Körperschaft des Berliner Senats der „Drei Mächte“ verpflichtet sich bei Verstößen gegen das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, mit einer Schadensersatzsumme von 100 Millionen Euro, gegenüber dem Beschwerdeführer in Ersatzleistung zu gehen. Für den Fall der Nichteinbringbarkeit haften alle beteiligten natürlichen Personen als Drittschuldner unmittelbar.

Gegen diese Forderungen ist das Mittel der Beschwerde zulässig. Diese muß innerhalb von 21 Tagen nach Bekanntwerden, es zählt dabei das Datum der gesetzlichen Zustellung, beim Generalbevollmächtigten der - Selbstverwaltung Thomas PATZLAFF - eingegangen sein. Die Beschwerde ist zu begründen und falls notwendig mit Unterlagen zu belegen.

Offener Brief an den „Bundespräsidenten“ der NGO BRD

Herr Gauck,

als Bundespräsident nehme ich Sie hiermit in die Pflicht und fordere eine klare Reaktion auf die Entscheidung 2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11, des Bundesverfassungsgerichts vom 25.07.2012. Mit dieser Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht zum wiederholten Mal festgestellt, daß die Bundeswahlgesetzgebung nicht mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das heute fälschlich und zum Zweck der Täuschung als „politische Verfassung“ propagiert wird, im Einklang und somit nichtig ist.

Leider hat das Bundesverfassungsgericht nicht konsequent zu den Folgen Bezug genommen, sondern hat im Gegenteil auf falsche Schwerpunkte orientiert und somit vom Wesentlichen abgelenkt. Diesem Mangel will ich in diesem Schreiben abhelfen und Klartext schreiben.

Unabhängig von ideologischen oder emotionalen Verzerrungen gibt es ganz klare faktische Folgen, und um diese soll es hier gehen. Eine Regierung, die durch ein ungültiges Gesetz gewählt wurde, ist unzweifelhaft nicht rechtmäßig im Amt oder besser: im Dienst. Mit der o. g. Entscheidung ist jegliche Legitimation nicht nur der aktuellen Regierung, sondern aller unter diesen nichtigen Gesetzen zustandegekommenen Regierungen unheilbar weggefallen! Damit ist keine legale Handlung mehr möglich!!!

Wie unter diesen Umständen eine solche nicht-legale „Regierung“ gesetzliche Mängel beheben soll, wie es das Bundesverfassungsgericht fordert, ist nicht einfach nur ein Rätsel, sondern stellt eine Unmöglichkeit dar, was sich zwingend aus dem Umstand ergibt, daß der nicht- legale Zustand nicht nur die Regierung, sondern auch den Bundestag und den Gesetzgeber betrifft. Unter Vernachlässigung des Umstandes, daß diese Entscheidung eine erhebliche Rückwirkung auf die Vergangenheit hat, ist aktuell ein nicht-haltbarer Zustand offenkundig geworden, der eine Reaktion Ihrerseits erzwingen würde, so Sie Ihr „Amt“ - oder besser: Ihre geschäftsrepräsentierende Position faktisch ausfüllen wollen.

Formal und auch faktisch ist die Bundesrepublik Deutschland seit spätestens dem 25.07.2012 handlungsunfähig und begeht mit jedem Tag mit ungesetzlichen Handlungen Landes- und Hochverrat. Kann es sein, daß dies deswegen unerheblich ist, weil die Geschäftsführung dieser BRD nicht einmal selbst weiß, wer sie überhaupt ist oder welchen „Staat“ sie repräsentiert? Wie in der Mitgliedsliste der UN-Mitgliedsstaaten zu lesen ist, wurde die BRD am 3. Oktober 1990 - durch Zusammenlegung mit der DDR - zu „Germany“ umfirmiert. Eigentlich gibt es seitdem keine BRD mehr, was aber die ungesetzlich zustandegekommenen Regierungen offenbar nicht weiter störte und diese mal für eine BRD und mal für ein neues „Deutschland“ zu handeln vorgeben. Dies ist ein Zustand höchster Geisteskrankheit, wie mir scheint.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage, ob dann ein „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ überhaupt noch für ein „Deutschland“ / „Germany“ wirksam ist oder sein kann?! Ist hier der Grund zu suchen, warum das GG keine nennenswerte Achtung mehr findet und in der Vergangenheit so oft geändert wurde, daß

Copyright bei B.S.A.

wohl kaum noch von einer „politischen Verfassung“ mit „Verfassungsqualität“ gesprochen werden kann? Doch auch dies ist letztendlich unerheblich, denn bereits die Schaffung des GG's war ein rechtlich fragwürdiges „Drei Mächte“-Diktat und kein Ausdruck einer Demokratie, die es zum damaligen Zeitpunkt auch noch nicht gab. Es ist ja auch als offenkundig zu bezeichnen, daß dieses Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nicht vom Deutschen Volk bestätigt wurde, wie von den Auftraggebern vorgegeben. Wahlen sind keine Bestätigung, sondern lediglich Ausdruck von Duldung!

Aus deutscher Sicht ist das GG - trotz einiger gut scheinender Teile - auch nicht unbedingt achtenswert, denn schon der Artikel 25 stellt für sich selbst betrachtet einen unheilbaren Landes- und Hochverrat dar, öffnet dieser doch ungebremst den Weg von externem Recht in den somit ungeschützten internen Rechtsbereich. Damit hat das GG eine absolute Sperrwirkung gegen jegliche Form der staatlichen Souveränität!!!

Artikel 133 führt gar einen nicht näher definierten Bund ein, der in die Rechtsnachfolge des Vereinten Wirtschaftsgebiets der „Drei Mächte“ tritt - sehr dubios dieser Bund, der in internationalen Registern als 'Firma' geführt wird!

Artikel 116 erzwingt die von H i t l e r, Adolf, eingeführte „deutsche Staatsangehörigkeit“ und dies, obwohl diese bereits 1947 völkerrechtlich verbindlich für nichtig erklärt wurde, unter Mitwirkung auch deutscher Richter! Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland schließt also rechtlich an die Situation des „Dritten Reichs“ vor der Kapitulation der Kampftruppen an und setzt somit die Vorarbeit von H i t l e r, Adolf, fort, wie ja auch am von ihm geplanten Großdeutschen Reich, das heute unter Europa firmiert zu erkennen ist.

Es gab also keine Entnazifizierung im Deutschen Reich, sondern eine Nazifizierung von ganz Europa. Dies ist auch logisch und schlüssig, denn es waren die „Drei Mächte“, die die Finanzierung von H i t l e r, Adolf, realisiert haben. Churchill hat in seinen Memoiren auch klar dargelegt, daß es in der als WK II falsch verkauften Fortsetzung des bis heute laufenden WK'es I nicht um die Beseitigung der Nazis ging, sondern um die möglichst effiziente Vernichtung des Deutschen Volkes. Auch daran hat sich nichts geändert, wie die ungesetzliche Politik der „Drei Mächte“-Verwaltung BRD / BRDDR / Germany / neuDeutschland in einer ganz klaren Kontinuität offenlegt, zumindest für die, die nicht der Verdummung anheimgefallen sind. Der Völkermord am Deutschen Volk wurde am 8. Mai 1945 nicht etwa beendet, sondern in anderer Weise weitergeführt. Seit 1949 wurde dies durch die BRD der „Drei Mächte“ von diesen entkoppelt, damit die „Drei Mächte“ von möglichen Schadensersatzansprüchen möglichst freigestellt wurden.

Somit ist es auch kein Zufall, daß die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen der BRD nach wie vor die von H i t l e r, Adolf, sind, wie etwa das Einkommenssteuergesetz, die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Justizbeitreibungsordnung, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Firma ist noch immer die gleiche wie in der Zeit von1933 bis '45 - nur die Firmierung wurde modernisiert.

Dies ließe sich noch seitenweise in Details ausführen, die einem normalen Menschen den Mageninhalt nach außen kehren würden, aber dies würde auch den gesteckten Rahmen dieses Offenen Briefes sprengen. Daher komme ich jetzt zum Bundesverfassungsgericht selbst. Dieses arbeitet auf Grundlage des unheilbar nichtigen Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, das in Grundrechte eingreift und nicht dem Zitiergebot des Artikels 19, Abs. 1, Satz 2 des GG'es, Folge leistet, was eine unheilbare Nichtigkeit zur Folge hat. Damit ist dieses Organ als Normenhüter normativ selbst im permanenten Verstoß gegen die zu hütende Norm. Es betreibt damit nach BRD-Sprachgebrauch selbst normativen Verfassungshochverrat - und das seit 1951.

Somit sind die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts unerheblich, so man das GG als Bezug nimmt. Also auch damit ist alles, was seit 1951 in unserem Land geschehen ist, unheilbar nichtig, denn die Normenkontrolle ist eines der wesentlichsten Instrumente in dem vorgegebenen Rechts – Staat. Ohne wirksame und legale Normenkontrolle muß formal jeder Gesetzentwurf als potentiell fehlerhaft betrachtet werden und kann somit keine legale Wirkung und Rechtsbindung erzeugen.

Damit sind die wesentlichen Elemente behandelt, und eine weitere Vertiefung ist nicht nötig. Es wird bereits an dieser Stelle deutlich, daß hier eine der größten Betrugsaktionen in der Geschichte der „modernen“ Menschheit vollzogen wurde und nach wie vor weiter vollzogen wird. Dieser Betrug ist gekoppelt an Völkermord und die Zerschlagung eines der mächtigsten Länder dieser Welt, wobei es hier an dieser Stelle unerheblich ist, daß es noch nie in der bekannten Geschichte ein echtes Deutsches Land gab, das aus sich selbst heraus entstand und nicht als Fremddiktat zustandegekommen ist. Es gab und gibt keine einzige deutsche Verfassung, die diesen Begriff auch verdient.
Selbst die gern beweihräucherte Paulskirchenverfassung war eine Lüge ohne Beispiel. Gern wird dabei unterschlagen, daß es damals kein Wahlrecht für Frauen gab, und daß je nach Bundesstaat auch weitere erhebliche Teile der Bevölkerung von der Teilnahme ausgeschlossen waren. Unter Beachtung der BRD-Diktatur ist es aber dann kein Wunder, daß diese gern auf diese vermeintliche"Geburtsstunde der Demokratie“ verweist.

Was ist nun eigentlich Ihre Pflicht, so Sie sich in einer solchen sehen würden? Es ist ja hinlänglich bekannt, daß politische Eide keinerlei Bindung haben und nur ein belangloser Formalakt zur Täuschung des Wahlviehs sind. Trotzdem könnte auch in Ihnen noch ein Rest von Anstand und Ehre schlummern, die beide jetzt gefordert sind.

Es wäre schon längst Ihre Pflicht gewesen, die Bundesregierung für aufgelöst zu erklären. Zugleich müßte auch der Bundestag und der ganze „Drei Mächte“-Verein für gescheitert erklärt werden.

Es müßten sämtliche laufenden Verfahren eingefroren und eine provisorische Verwaltung berufen werden. Diese hätte die Aufgabe, eine deutsche Nationalversammlung vorzubereiten. An dieser Nationalversammlung müßten alle deutschen Menschen die Möglichkeit der Teilnahme haben, was in einigen Fällen sicher kein leichtes Unterfangen, andererseits aber keinesfalls unmöglich wäre, so ernste Absichten vorhanden wären. Die Welt ist des permanenten Weltkrieges müde, und so ließe sich internationale Unterstützung finden, um die Geburt eines freien Deutschen Reiches zu begleiten und zu unterstützen.

Natürlich müßten alle Diäten und Bezüge der Regierungsmitglieder, des Bundestages sowie der Landtage und aller öffentlich Bediensteten sofort auf den Hartz IV-Satz begrenzt werden, um weiteren finanziellen Schaden zu minimieren. Zudem könnten sich diese Menschen schon mal daran gewöhnen, wirklich etwas für das deutsche Volk zu tun und dieses nicht nur finanziell auszusaugen.

Die Medienzensur ist sofort zu beenden, und es muß eine möglichst breite Aufarbeitung der Lügen der letzten 100 Jahre gefördert und gefordert werden, ganz nach Hartz, wo auch "Fördern und Fordern" im Schlepptau verkauft - oder besser: aufgezwungen - werden.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland im Stand von 1949, mit einigen kleinen Änderungen, würde für eine absehbare Übergangszeit eine ausreichende

gesetzliche Grundlage bieten, um chaotische Zustände weitgehend zu verhindern, so es nicht wieder für eine potentielle Ewigkeit mißbräuchlich Anwendung finden würde. Mit diesem Werkzeug dürften die bestehenden Gerichte nur die absolut unabdingbaren Fälle bearbeiten, wobei für Ordnungswidrigkeiten jede Verfolgung einzustellen ist.

Es müßte der sofortige Ausstieg aus allen bestehenden Militärbündnissen erklärt werden, da diese unter Zwang entstanden sind. Alle Kampfhandlungen sind umgehend zu beenden, und alle deutschen Truppen sind zurückzubeordern. Sämtliche Waffengeschäfte sind einzufrieren.

Jede Form der Immunität für öffentlich Bedienstete ist vollständig für nichtig zu erklären.

Die Folgen sämtlicher seit 1914 getroffenen internationalen Abkommen sind sofort und bis auf weiteres zu suspendieren und einzufrieren.

Sämtliche Steuerabgaben sind für nichtig zu erklären und gegen eine Pauschalbesteuerung von provisorisch 10 % auf Einkommen und auf Gewinne zu begrenzen.

Es sind regionale Volksräte zu bilden, die sich Stück für Stück der anfallenden Probleme widmen und Lösungen erarbeiten.

Es ist ein Gremium aus dem Volk zu wählen, das die eingehenden Vorschläge des Volkes sammelt und auswertet.

Alle Parteien sind sofort aufzulösen und zu enteignen.

Diese Vorschläge sind mit Sicherheit nicht vollständig, bilden aber einen Ansatz, um eine Übergangszeit zu realisieren, die einen möglichen Schaden hinreichend begrenzt.

Nun liegt es an Ihnen, den Völkermord am Deutschen Volk zu beenden und den Weg in die Freiheit und eine echte Souveränität zu bereiten.
Beenden Sie jegliche Gewalt gegen das Deutsche Volk ohne Wenn und Aber!

Sie sind in der Pflicht - oder gehen als Landes- und Hochverräter in die Geschichte ein! Es ist Ihr Karma, und nur Sie müssen dieses für sich ertragen. Wählen Sie klug, und alles wird gut!

Groß-Berlin, den 25. August 2012

P a t z l a f f, Thomas

Der Runde Tisch Berlin
Die Natürliche Föderation
Einigung Deutscher Souveräne